



Ein Land reformieren

10 Reformprojekte und ein Finanzierungsvorschlag

Vier Hypothesen haben die bisherigen Regierungen aufgetürmt. Sie bedrohen unsere Zukunft:

- Umweltzerstörungen und Risikotechnologien
- Soziale Kälte, Arbeitslosigkeit und Armut
- weltweite Rüstungsexporte und Militarisierung der Außenpolitik
- wiedererstarkender Rassismus, Gewalt gegen Minderheiten und Abbau von Grund- und Freiheitsrechten

Die Zeit ist reif für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Politik.

Grün 043
-17



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Wir brauchen Richtungsentscheidungen, die den Weg ins Dritte Jahrtausend weisen. Wir wollen ökologisch-solidarische Reformen.
Unsere Ziele sind in unserem Wahlprogramm festgeschrieben.
Was aber kann sofort angepackt werden?
Worauf kommt es beim angestrebten Wechsel von der liberal-konservativen Durchwurstelei zur ökologisch-solidarischen Reformpolitik an?
Was wollen wir in einer Reformkoalition in vier Jahren umsetzen?
Was heißt »Reformpolitik heute«?

Zehn Projekte wollen wir benennen, die den politischen Richtungswechsel angeben. Für ihre Verwirklichung werden wir alle unsere Kraft einsetzen.

Wandel und Reformen – es kann sie geben

Aber es gibt sie nur mit uns

Wer diesen Wandel will, muß bündnis-grün wählen

Ökologisch wirtschaften...

Ein Land reformieren



Ökologiepolitik muß eine Erneuerung von Produktion und Infrastruktur anregen, die die natürlichen Lebensgrundlagen auf Dauer erhält, soziale Probleme mindert und mit einer Neubestimmung von Lebensqualität einhergeht. Gesellschaftlicher Dialog, Ordnungs- und Haftungsrecht, gezielte Forschungsförderung gehen dabei Hand in Hand.

Eine entscheidende Bedeutung kommt der Neueinführung von Ökosteuern zu. Ökologisch richtiges Verhalten muß belohnt, falsches muß belastet werden. Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen, wenn Produktion und Konsum sich grundsätzlich ändern sollen. Belastungen müssen für die sozial Schwächeren abgedeckt werden.

... durch Energiewende

Ein Ausstiegsgesetz soll den Rahmen für den sofortigen und generellen Ausstieg aus der Atomenergienutzung schaffen. Darüberhinaus wollen wir bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes im Rahmen der Atomaufsicht die Möglichkeiten zur Abschaltung von Atomkraftwerken intensiv nutzen. Der Bau und Betrieb aller Endlagerprojekte muß sofort gestoppt werden. Die Herstellung und

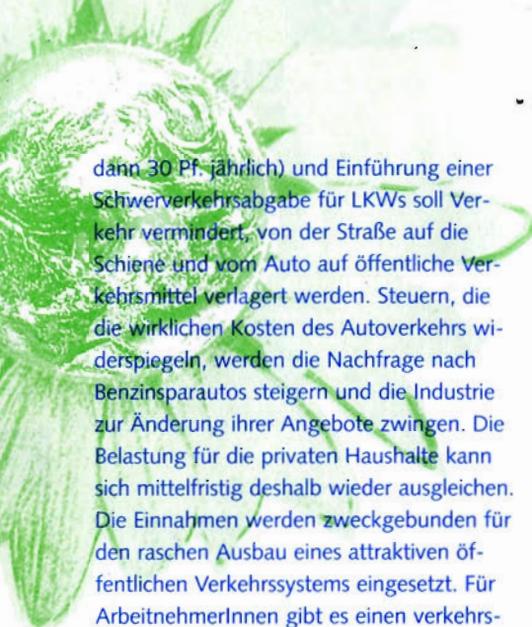
Verbreitung von Plutonium muß dringend verboten werden.

Markteinführungsprogramme schaffen die Voraussetzung für die Nutzung von Sonnen- und anderen erneuerbaren Energien. Die wichtigsten Instrumente für eine Energiewende sind die Einführung einer Primärenergiesteuer, die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und die Umwandlung der Energieversorgungsunternehmen in dezentrale Energiedienstleistungsunternehmen. Die Einnahmen aus der Primärenergiesteuer werden zweckgebunden für Investitionen in alternative Energietechniken und für die effiziente Nutzung der Energie in allen Bereichen verwendet.

Die intensive Nutzung aller Energiesparmöglichkeiten wird den Energieverbrauch drastisch reduzieren. Der Restbedarf wird umweltverträglich durch erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung bereitgestellt. Eine so gestaltete Energiewende schafft und sichert ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze.

... durch Verkehrswende

Die Änderung des Bundesverkehrswegeplans soll die Auto-Vorrangpolitik zugunsten der Bahn beenden. Durch die schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer (50 Pf. sofort,



dann 30 Pf. jährlich) und Einführung einer Schwerverkehrsabgabe für LKWs soll Verkehr vermindert, von der Straße auf die Schiene und vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel verlagert werden. Steuern, die die wirklichen Kosten des Autoverkehrs widerspiegeln, werden die Nachfrage nach Benzinsparautos steigern und die Industrie zur Änderung ihrer Angebote zwingen. Die Belastung für die privaten Haushalte kann sich mittelfristig deshalb wieder ausgleichen. Die Einnahmen werden zweckgebunden für den raschen Ausbau eines attraktiven öffentlichen Verkehrssystems eingesetzt. Für ArbeitnehmerInnen gibt es einen verkehrsmittelunabhängigen Steuerausgleich. Um Ozonbelastungen zu vermindern und um Unfälle zu vermeiden wollen wir flächendeckend ein Tempolimit (100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in Ortschaften) einführen.

... durch Auswege aus der Wegwerfgesellschaft

Durch Rahmengesetze wollen wir die Industrie auf eine ökologische Stoffwirtschaft verpflichten, die giftige und biologisch nicht abbaubare Substanzen vermeidet, den Rohstoffverbrauch und die Entstehung von Abfällen drastisch vermindert und die Produkte langlebig und recyclingfähig gestaltet. Wir

wollen ein PVC-Verbot als Einstieg in die Chemiewende. Eine Abfallabgabe und eine Produzentenhaftung soll neues Produktdenken fördern und den Anreiz zur Abfallvermeidung stärken. Das Duale System («Grüner Punkt») ist gescheitert, der Ausbau von Mehrwegsystemen hat Vorrang.

... durch Zurückdrängen der Gentechnologie

Wir wollen die Entwicklung in den Anwendungsgebieten der Gentechnologie umkehren. Anstatt immer weiter auf gentechnische Verfahren zu setzen, wollen wir alternative Forschungs- und Problemlösungsstrategien fördern: durch eine Umlenkung der Forschungsgelder, durch eine breite öffentliche Debatte, durch ein Gentechnikgesetz ausschließlich für den Schutz von Mensch und Umwelt. Wir wollen höhere Sicherheitsstandards, stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung und eine umfassende Haftungsregelung. Wir lehnen die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ab. Genetische Diskriminierung – z.B. im Arbeits- und Versicherungsbereich – wollen wir gesetzlich unterbinden. Embryonenforschung und Keimbahntherapie sollen verboten bleiben und die Patentierung von Lebewesen wollen wir verhindern. Wir wollen nicht alles umsetzen, nur weil es technisch machbar ist.

Arbeit schaffen...

Die Erwerbslosigkeit von 6 Millionen Menschen muß aktiv bekämpft werden. Konjunkturpolitik wird dies nicht leisten.

... durch neue ökologische Arbeitsplätze

Durch ökologische Industrie- und Infrastrukturpolitik können erheblich mehr Arbeitsplätze entstehen als wegfallen. Die Arbeitsplätze der Zukunft liegen in umweltverträglichen Verkehrssystemen, einer rationellen Energieerzeugung, einer sanften Chemie, einer abfallvermeidenden Kreislaufwirtschaft und der ökologischen Erzeugung von Nahrungsmitteln. In absehbarer Zeit können so bis zu 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit Investitionsanreizen, Markteinführungshilfen, öffentlicher Nachfrage und insbesondere der ökologischen Steuerreform wollen wir umsteuern.

... durch Umverteilung der Arbeit

Wir brauchen die weitere Aufteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzungen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitszeiten und die Verteilung von Haus- und Erwerbsarbeit müssen neu organisiert werden. Der Zugang zur Erwerbsarbeit muß mehr Frauen ermöglicht werden.

Wir wollen die Tarifpolitik der Arbeitszeitverkürzungen in großen Schritten gezielt unterstützen. Denn bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche würden etwa 3 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Eine drastische Arbeitszeitverkürzung trägt auch dazu bei, die Erwerbchancen zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen. Ein sozial gestaffelter Lohnausgleich muß Einbußen bei niedrigen Einkommen verhindern und deshalb im Einzelfall durch öffentliche Lohnkostenzuschüsse begleitet werden. Unsere Steuerpolitik unterstützt dies, indem der Steuerfreibetrag auf das Grundsicherungsniveau angehoben und das Ehegattensplitting durch eine verbesserte Kinderförderung ersetzt wird. Wir wollen die Rentenansprüche von Teilzeitbeschäftigten verbessern, so daß der soziale Schutz auch bei vermindertem Einkommen in Folge der Arbeitszeitverkürzung gewährleistet ist. Im Einzelfall wollen wir geeignete öffentliche Hilfen in Form von Lohnkostensubventionierungen bei Arbeitszeitvermindierungen gewähren.

Wir wollen mit einem neuen Arbeitszeitgesetz die tarifliche Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten flankieren. Es soll die

Mit der Zweitstimme
den Wechsel wählen



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Höchst Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden beschränken, Freizeitausgleich für Mehrarbeit vorsehen, den gesetzlichen Anspruch auf sozial abgesicherte Teilzeitarbeit für Männer und Frauen einführen und befristete Freistellungsansprüche von Beschäftigten begünstigen.

... durch Förderung von Beschäftigung

Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, wollen wir bis zu einer halben Million zusätzliche Arbeitsplätze in Arbeitsförderbetrieben bereitstellen. Dies soll auf der Basis tariflicher und sozialrechtlicher Bedingungen des regulären Arbeitsmarkts geschehen. Dort sollen ökologisch und sozial sinnvolle Tätigkeiten geleistet werden, die von anderen Betrieben aus wirtschaftlichen Gründen nicht wahrgenommen werden. Die Finanzierung muß aus Steu-

ergeldern und nicht durch die Sozialversicherungsbeiträge erfolgen. Arbeitslosengeld und Grundsicherung können von den dort Beschäftigten in diese Projekte eingebracht werden. Eine Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes setzt dafür den Rahmen. Durch eine Arbeitsmarkt-Abgabe sollen Selbständige, BeamtInnen, MinisterInnen und Abgeordnete ihren Solidarbeitrag leisten.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fordern wir eine besondere Förderung von Betrieben, die eine überdurchschnittlich hohe Ausbildungsquote haben und diese Jugendlichen übernehmen. Für Jugendliche müssen qualifizierte Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Betriebe, die nicht ausbilden, haben eine Ausbildungsabgabe zu zahlen, um diese Förderungen zu finanzieren.

Falsche Einigungspolitik überwinden...

Wir wollen die wirtschaftlichen und sozialen Schäden der falschen Einigungspolitik überwinden. Angesichts eines weitreichenden Abbaus der Industrie, hoher Arbeitslosigkeit und der neuen Armut reicht es nicht, die Selbstheilungskräfte des Marktes zu beschwören. Der Sackgasse von Arbeitsplatzverlust, sozialer Entwurzelung und Zukunftsangst vieler Betroffener setzen wir eine Politik entgegen, die neue Wege weist, Perspektiven eröffnet und das Selbstbewusstsein der Menschen stärkt.

... durch eine ökologische Erneuerung der Industriepotentiale

Wir wollen eine aktive Industriestrukturpolitik betreiben, die durch eine ökologische Innovationsstrategie gekennzeichnet ist und mit dem Ausbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten einhergeht. In regionalen Entwicklungszentren soll die Herstellung ökologischer Produkte und die Herausbildung umweltgerechter Produktionsverfahren besonders gefördert werden. Das schafft neue und neuartige Arbeitsplätze. Hier liegt eine beträchtliche Chance für eine Vorreiterrolle der neuen Bundesländer für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften.

... durch regionale Strukturpolitik

Wir setzen uns für eine regionale Strukturpolitik zum Aufbau der Wirtschaft ein. Auch hier gibt es beträchtliche Chancen für eine Vorreiterrolle, wenn die wirtschaftliche Erneuerung auf einer ökologischen Basis erfolgt. In diesem Rahmen können Unternehmen Risikokapital erhalten.

Wir wollen verschiedene Förderprogramme der Struktur- und Regionalpolitik auf die spezifischen Möglichkeiten der ostdeutschen Regionen konzentrieren. Dabei sollen regionale Entwicklungszentren mit regionalwirtschaftlichen »Runden Tischen« gefördert werden, die den ansässigen Betrieben beim Technologietransfer, der Regionalplanung, wirtschaftsnahen Dienstleistungen und der außerbetrieblichen Qualifizierung helfen. Durch ein umfassendes ökologisch ausgerichtetes kommunales Infrastrukturprogramm als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden wollen wir die Voraussetzungen für den notwendigen Innovationsschub in den neuen Bundesländern bei erträglicher finanzieller Belastung der Kommunen und EndverbraucherInnen entwickeln.

Ein Land
reformieren





... durch Konversion ehemaliger militärischer Liegenschaften

Die Umwandlung der zahlreichen militärisch genutzten Flächen für eine nichtmilitärische Nachnutzung ist eine gewaltige Aufgabe, aber auch eine große Chance für die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern.

Auch hier sind regionalwirtschaftliche „Runde Tische“ eine geeignete Form, Konzeptionen für die Umwandlung eng mit den betroffenen BürgerInnen, Kommunen und Landkreisen abzustimmen und eine einseitige kommerzielle Flächenverwertung, die den Regionen die Sanierungslasten überläßt, zu verhindern.

... durch die Klärung der Eigentumsfragen

Wir wollen diejenigen Ostdeutschen gesetzlich schützen, die durch Rückerstattungsansprüche meist westdeutscher Alteigentümer von Grundstücken und Gebäuden existentiell bedroht sind. Allen, die in redlicher Weise in DDR-Zeiten die Nutzung von Grundstücken und Gebäuden erlangt haben, sie seit langem nutzen und in die Gebäude investiert haben, soll ein Dauerbesitz- und –nutzungsrecht garantiert werden.

... durch einen naturgerechten Umbau der Land- und Forstwirtschaft

Die Ergebnisse der Bodenreform dürfen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Jetzt soll das Land von denjenigen Familien

genutzt werden, die es 50 Jahre lang bestellt und bearbeitet haben. Wir wollen die Land- und Forstwirtschaft in den neuen Bundesländern auf extensivere, umweltgerechte Produktionsformen umstellen und den Agrarbetrieben – seien es Wiedereinrichter oder gruppenwirtschaftliche Betriebe – eine langfristige Perspektive für ihre selbstgewählten Produktionsformen geben. Der Aufbau regionaler Veredelungs- und Vermarktungsstrukturen ist zu fördern.

... durch Solidarität im Lastenausgleich

Wir brauchen einen fairen Lastenausgleich Deutsche Einheit. Gegenwärtig werden die Steuergelder der ArbeitnehmerInnen aus den alten Bundesländern über den Osten als Gewinne der westdeutschen Unternehmen zurücktransferiert. Wir treten deshalb für erhöhte Vermögenssteuern und eine Solidaritätsabgabe von 10% auf die Einkommenssteuerschuld bei einem zu versteuernden Einkommen ab 50 000 DM ein. Unternehmen aus den alten Bundesländern, die in Ostdeutschland nicht oder nur in geringem Umfang investiert haben, sollen mit einer gewinnabhängigen Investitionshilfeabgabe zur Finanzierung beitragen. Banken, Versicherungen und Bausparkassen sollen eine Anleihe unter Marktzinsebene zeichnen müssen. Dieses Modell ist bereits für den Aufbau West in der Adenauer-Ära praktiziert worden.

Soziale Grundrechte durchsetzen...

Wir wollen den Sozialstaat sichern durch einen ökologisch-solidarischen Gesellschaftsvertrag. Gutverdienende können auf weitere materielle Wohlstandssteigerung verzichten, wenn mit den eingesparten Geldern ökologische und soziale Programme aufgelegt werden, um ein Mehr an Lebensqualität für Alle zu erreichen.

... durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung

Wer aus eigener Kraft kein existenzsicheres Einkommen erzielen kann, von Armut bereits betroffen oder davon bedroht ist, soll eine ausreichende finanzielle Absicherung erhalten. Wir wollen deshalb eine bedarfsorientierte Grundsicherung einrichten, deren Betrag sich an der von der europäischen Union festgesetzten Armutsgrenze von 50% des durchschnittlichen verfügbaren Einkommens eines Landes orientiert und deshalb erheblich über dem Sozialhilfeniveau liegt. Sie soll die Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) ersetzen und als Mindestsockel in die Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingefügt werden. Die Grundsicherung muß eng verbunden mit der Arbeitsmarktpolitik die Eingliederung der jetzt Ausgeschlossenen in das Erwerbsleben erleichtern. Mit ei-

nem Mindestlohngesetz wollen wir sicherstellen, daß die Grundsicherung nicht zu einer öffentlichen Subvention unzureichender Niedrig-Löhne wird.

Dafür wollen wir 30 Mrd. DM zusätzlich bereitstellen, die durch eine Erhöhung des Grund- und Erbschaftssteueraufkommens aufgebracht werden. Dies ist angesichts jährlicher Erbschaften von 200 Mrd. DM selbst bei hohen Freibeträgen für Durchschnittsfamilien möglich. Durch diese Regelung wird der Generationenvertrag neu formuliert und von der privaten auf die gesellschaftliche Ebene gehoben.

... durch eine sozial ausgewogene Pflegerabsicherung

Wir wollen die unzureichende und selbstbestimmungshemmende Pflegeversicherung so ausbauen, daß sie die Armut Pflegebedürftiger verhindert und die Selbstbestimmung behinderter und alter Menschen wirklich fördert. Die Ausgrenzung eines wesentlichen Anteils pflegebedürftiger Menschen aus der Pflegeversicherung, die Abschaffung der Anstellung von Pflegekräften durch die Pflegebedürftigen selbst und das Ruhen der Leistungen auch bei vorübergehendem Aus-

Ein Land
reformieren





landsaufenthalt müssen noch vor Beginn der Leistungsgewährung am 1.4.1995 geändert werden. Weiteres Ziel ist die bedarfsgerechte Übernahme der im Einzelfall erforderlichen ambulanten, teilstationären und komplementären Hilfen und die Beschränkung der Eigenbeteiligung bei stationärer Pflege auf die Aufwendungen der vorherigen selbständigen Lebensführung.

... durch eine neue Wohnungs- und Städtebaupolitik

Wir wollen mehr Wohnsicherheit schaffen durch die Verbesserung des Mietrechts, d.h. keine Aufhebung der Mietpreisbindung in Ostdeutschland zum 1. Juli 1995, Verbesserung des Wohnraumkündigungsschutzes sowie eine Reduzierung der Mieterhöhungsspielräume nach dem Miethöhegesetz.

Wir wollen die Reform des Sozialen Wohnungsbaus und die Stärkung der kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsversorgung mit langfristigen sozialen Bindungen. Das erfordert eine stärkere Umverteilung der Bundesmittel von der indirekten Förderung

der Eigentumsbildung zur direkten Förderung des Sozialen Wohnungsbaus.

Wir wollen die Schaffung eines sozial- und ökologisch orientierten Bau- und Bodenrechts durch die Novellierung des Baugesetzbuches vom Baugesetz zum Bodennutzungsrecht: die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, eine stärkere Berücksichtigung der Umweltbelange. Für alle von Rückgabeansprüchen und Privatisierung bedrohten BürgerInnen in Ostdeutschland soll durch Neufassung des Entschädigungsrechts und die Einführung eines Dauerbesitz- und Nutzungsrechtes Wohnsicherheit hergestellt werden.

Wir wollen die Selbsthilfe und Selbstbestimmung ebenso stärken wie die Mitbestimmung in den Wohnungsunternehmen. Wir unterstützen den Aufbau von nachbarschaftlichen Trägern und Genossenschaften. Wir sind für die Reform des Altschuldenhilfegesetzes im Verbund mit einer Stärkung der Genossenschaften.

Gesunde Lebensmittel garantieren...

Gesunde Ernährung muß gesichert werden. Von der Produktion über den Verkauf bis zum Verbrauch müssen ökologische Standards durchgesetzt werden. Angesichts der Belastung unserer Umwelt mit Schadstoffen aller Art wollen wir eine präventive ökologische Gesundheitspolitik. Ökologische bäuerliche Landwirtschaft und andere Formen der extensiven Bewirtschaftung wollen wir fördern mit dem Ziel, die Vergiftungen von Boden, Wasser, Luft und Nahrung drastisch zu reduzieren.

... durch Förderung ökologischer Strukturen

Wir wollen durch die Unterstützung verschiedenartiger ökologischer Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft eine dezentrale Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Dazu gehören z. B. der weitere Ausbau des ökologischen Landbaus sowie der Aufbau dezentraler Vermarktungsstrukturen. Wir wollen die Futtermittelimporte aus der sog. Dritten Welt und die hochsubventionierte irrsinnige agrarische Überschußproduktion unterbinden. Die derzeitigen Lebensmittelpreise spiegeln nicht die tatsächlichen Kosten wider. Sie werden durch Subventionen und billige Transporte künstlich niedrig ge-

halten. Vorhandene alternative Produkte sind zu fördern. So setzen wir uns zum Beispiel für die Aufhebung des Verbots von Nutzhanf ein.

... durch artgerechte Tierhaltung

Rinderwahnsinn, Schweinepest sowie Salmonellen bei Masthähnchen sind Folge der industriellen Massenproduktion. Die Landwirtschaftspolitik muß eine artgerechte Haltung und Fütterung fördern. Wir werden die ökologisch verträgliche Flächenbindung der Nutztierhaltung durchsetzen und Transporte von Schlachttieren bis zum nächsten Schlachthof auf maximal vier Stunden begrenzen. Wir werden die Regionalisierung der Lebensmittelversorgung fördern.

... durch unmanipulierte Nahrungsmittel

Der weiteren Vergiftung von Grund- und Trinkwasser mit Nitrat, Pestiziden, Waschmittel- und Arzneimittelrückständen wollen wir mit einer verschärften Trinkwasserverordnung entgegenzutreten. Die Zahl zugelassener Lebensmittelzusatzstoffe wollen wir vermindern und nicht erhöhen. Der Bestrahlung und der Genmanipulation durch EU-Verordnungen werden wir mit strengen gesetzlichen Anforderungen an gesunde Le-

Wer rot-grün will,
muß GRÜN wählen.



Zweitstimme für
BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



bensmittel entgegenwirken. Den Einsatz von Gentechnik in der Lebensmittelproduktion lehnen wir angesichts der Risiken und aus ethischen Gründen ab.

... durch umfassenden VerbraucherInnenschutz

Umfassende und eindeutige Kennzeichnungen von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sollen VerbraucherInnen, insbeson-

dere AllergikerInnen, die Produktwahl erleichtern. Die Aufklärungsarbeit der VerbraucherInnenzentralen und anderer Organisationen soll deshalb verstärkt gefördert werden. Die Produkt- und Gefährdungshaftung wollen wir gesetzlich verschärfen.

Info-Scheck

- Ich möchte mehr Informationen über die Politik von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**.
- Ich möchte das Bundestagswahlprogramm.
- Ich möchte Mitglied werden.

.....
Name

Straße

PLZ Ort

Bundesland

Diesen Abschnitt bitte kopieren und einsenden an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle
Ehrental 2-4, 53332 Bornheim

Gleichberechtigung durchsetzen...

Ein Land reformieren



Projekt

6

Menschen beiderlei Geschlechts müssen über sich selbst und die Form ihres Zusammenlebens frei entscheiden können. Damit Frauen und Männer einen gleich starken Einfluß auf die Gestaltung von Politik, Lebens- und Arbeitsbedingungen nehmen können, müssen Arbeit, Einkommen, Status und Macht zwischen den Geschlechtern neu aufgeteilt werden.

... durch die Gleichstellung der Geschlechter

Ein Antidiskriminierungsgesetz ist ein Weg, um die Benachteiligung von Frauen zu beenden. Es beinhaltet für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft verbindliche Regelungen – wie beispielsweise die Quotierung – bei Einstellungen, Ausbildung und Beförderungen mit dem Ziel, Frauen solange zu bevorzugen, bis ihr Anteil in allen Bereichen und Hierarchieebenen mindestens 50% beträgt.

Es sanktioniert jede Form geschlechtsspezifischer Diskriminierung, z.B. in Medien und Werbung, durch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, durch schlechtere Bezahlung bei gleicher Arbeit oder durch Benachteiligung aufgrund des »Beschäftigungsrisikos« tatsächlicher oder möglicher Mutterschaft.

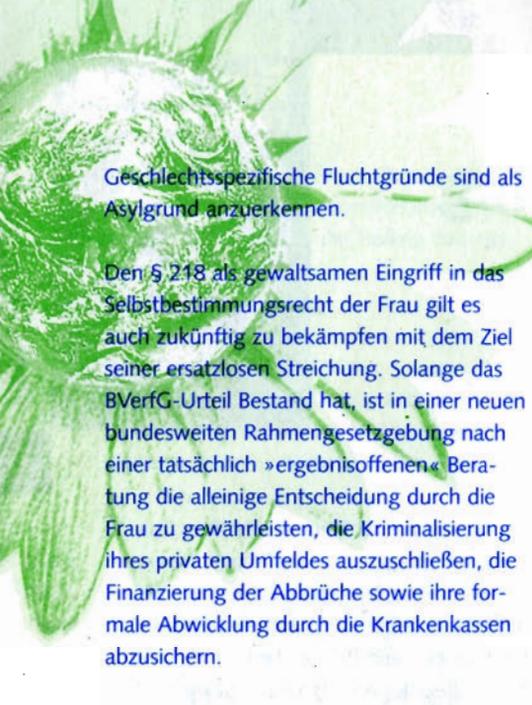
Für Menschen mit Kindern schafft es Rahmenbedingungen, die den Frauen die existenzsichernde Erwerbsarbeit und den Männern die anteilige Übernahme von Haus-, Erziehungs – und Pflegearbeit ermöglichen. Neben flexibler Arbeitszeitgestaltung und Wiedereinstiegsgarantie fördern wir ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder aller Alterstufen sowie die Einführung eines dreijährigen »Zeitkontos« für Elternfreistellungen bis zum 12. Lebensjahr der Kinder.

... durch Ächtung von Gewalt gegen Frauen

Die Förderung einer frauenbezogenen Infrastruktur (Beratungsstellen, Frauen- und Mädchenhaus, Notrufe usw.) ist weiterhin notwendig. Eine solche Infrastruktur schafft Schutzräume und trägt zu einem gesellschaftlichem Klima bei, das Männergewalt verhindern kann.

Unverzichtbar ist eine strenge Strafverfolgung von Gewalt gegen Frauen. Vergewaltigung in der Ehe muß bestraft werden. Ausländischen Ehefrauen muß ein eigenständiges Aufenthaltsrecht gewährt werden, um ihnen die Flucht aus einer gewalttätigen Beziehungen zu ermöglichen.

13



Geschlechtsspezifische Fluchtgründe sind als Asylgrund anzuerkennen.

Den § 218 als gewaltsamen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Frau gilt es auch zukünftig zu bekämpfen mit dem Ziel seiner ersatzlosen Streichung. Solange das BVerfG-Urteil Bestand hat, ist in einer neuen bundesweiten Rahmengesetzgebung nach einer tatsächlich »ergebnisoffenen« Beratung die alleinige Entscheidung durch die Frau zu gewährleisten, die Kriminalisierung ihres privaten Umfeldes auszuschließen, die Finanzierung der Abbrüche sowie ihre formale Abwicklung durch die Krankenkassen abzusichern.

... durch Gleichberechtigung aller Lebensformen

Privilegien, wie Steuervorteile für Verheiratete (z. B. Ehegattensplitting) müssen ohne Ansehen der Einkommensgrenzen abge-

schaftt und zugunsten des Lebens mit Kindern umgeschichtet werden. Die verschiedenen Formen menschlichen Zusammenlebens, wie lesbische Lebensgemeinschaften, unverheiratet Zusammenlebende, mit oder ohne Kinder Lebende, Alleinlebende etc., sind als gesellschaftlich gleichwertig anzuerkennen.

Um die tatsächliche Gleichstellung aller auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften zu erreichen, streben wir eine umfassende Neuordnung im Familien- bzw. Adoptionsrecht, im Einkommens- bzw. Erbschaftssteuerrecht, im Miet- und Strafrecht an.

Demokratie erweitern...

Wir sind die Partei der BürgerInnenrechte. Wir wollen mehr Demokratie, mehr Freiheitsrechte und auch mehr Schutz für alle Bürgerinnen und Bürger. Minderheitenschutz und Gewaltprävention sind grundlegend für eine Gesellschaft gleichberechtigter BürgerInnen. Ihr Ausbau ist auch eine Antwort auf Neo-Faschismus und Rassismus.

... durch Ausbau der BürgerInnenrechte

Wir wollen den BürgerInnen mehr Einfluß auf politische Entscheidungen der Parteien und Parlamente verschaffen. Volksbegehren und Volksentscheid, ein reformiertes Wahlrecht und die Senkung des Wahlalters auf das 16. Lebensjahr sollen ihnen mehr Einfluß geben. Die Beteiligungsrechte der Beschäftigten in Verwaltung und Wirtschaft müssen ausgebaut werden. Wir wollen eine grundsätzliche Reform der öffentlichen Verwaltungen: eine stärkere Dienstleistungs-Orientierung, Motivationsanreize und Eigenverantwortung für die Beschäftigten, ein einheitliches Dienstrecht und die Möglichkeit zu frühzeitiger Teilhabe der BürgerInnen an Planungsverfahren. Wir wollen mehr öffentliche Kontrolle von Regierungen und Verwaltung durch Akteneinsichtsrechte. Die Pressefreiheit muß, u.a. durch das erweiterte

Zeugnisverweigerungsrecht von JournalistInnen, vor polizeilichen Übergriffen und zunehmenden Redaktionsdurchsuchungen geschützt werden. Der fortschreitenden Monopolisierung auf dem Medienmarkt wollen wir ebenso energisch entgetreten wie der Instrumentalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die Parteien.

... durch Stärkung von Minderheitsrechten

Wir wollen mit einem Antidiskriminierungsgesetz Minderheiten wie MigrantInnen, Schwulen, Lesben und Behinderten die rechtlichen Mittel an die Hand geben, sich gegen Gewalt und Benachteiligung mit Erfolg zu wehren. Für Schwule und Lesben wollen wir eine(n) Gleichstellungsbeauftragte(n) und die unverzügliche Umsetzung der Entschließung des Europäischen Parlamentes über gleiche Rechte für Schwule und Lesben in nationales Recht. Der Schutz von Behinderten muß in allen Rechtsbereichen durchgesetzt werden.

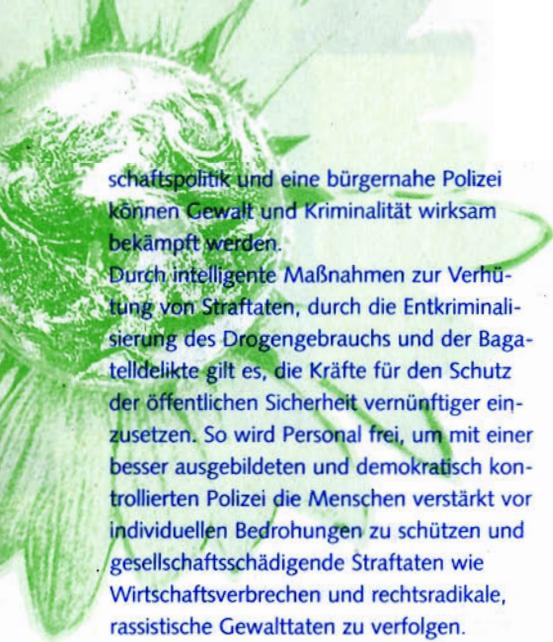
... durch die Ursachenbekämpfung von Gewalt und Kriminalität

Nicht durch mehr Repression, sondern vor allem durch eine vorausschauende Gesell-

Zweitstimme ist
Reformstimme



Zweitstimme für
BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



schaftspolitik und eine bürgernahe Polizei können Gewalt und Kriminalität wirksam bekämpft werden.

Durch intelligente Maßnahmen zur Verhütung von Straftaten, durch die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs und der Bagatelldelikte gilt es, die Kräfte für den Schutz der öffentlichen Sicherheit vernünftiger einzusetzen. So wird Personal frei, um mit einer besser ausgebildeten und demokratisch kontrollierten Polizei die Menschen verstärkt vor individuellen Bedrohungen zu schützen und gesellschaftsschädigende Straftaten wie Wirtschaftsverbrechen und rechtsradikale, rassistische Gewalttaten zu verfolgen.

Statt neuer Strafbestimmungen und Polizeibefugnisse bedarf es einer konsequenten Anwendung des geltenden Strafrechts, das sämtliche Formen auch der »Organisierten Kriminalität« bereits heute erfaßt. Wir lehnen das Abhören von Wohnungen – den »Großen Lauschangriff« – als Angriff auf die Grundrechte ebenso ab wie die von der SPD gewünschte Beschlagnahme von Vermögen auf Verdacht; dies würde die Unschuldsvermutung aushöhlen. Grundrechte dürfen durch die Polizei nicht verletzt werden.

Statt der Polizei immer mehr nachrichtendienstliche Mittel zu geben und Geheimdiensten, wie dem Bundesnachrichtendienst und dem Verfassungsschutz, Sonderbefugnisse einzuräumen, gilt es die Trennung von Polizei und Geheimdienst, eine zentrale Lehre aus der Praxis der Gestapo der Nazis, wieder herzustellen. Die Geheimdienste sollen abgeschafft werden. Mit der Einschränkung ihrer Kompetenzen und ihrem zügigen Abbau muß jetzt begonnen werden.

Präventive Kriminalpolitik erfordert eine Re-

form von Strafrecht und Strafvollzug. Statt des verrohenden Strafvollzugs, der oft Quelle für neue Kriminalität ist, muß der Täter-Opfer-Ausgleich ausgebaut werden. Gefangenen muß eine Perspektive für das Leben danach eröffnet werden.

Drogenabhängige brauchen mehr Therapieplätze und Hilfsangebote statt Strafen. Der Schwarzmarkt für »weiche Drogen« muß ausgetrocknet werden, indem Möglichkeiten des straflosen Erwerbs geschaffen werden. Der Verkauf an Kinder und Jugendliche bleibt verboten. Für »harte Drogen« sind staatlich kontrollierte Modelle zu entwickeln, die ÄrztInnen die Abgabe ermöglichen.

... durch Reformen im Jugend-, Bildungs- und Wissenschaftsbereich

Das allgemeine Recht auf Bildung und die Anforderungen des sozial-ökologischen Umbaus erfordern vermehrte Innovationen und Investitionen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen, die drohende Einschnürung der erreichten Bildungsbeteiligung abzuwenden und Chancengleichheit herzustellen. Voraussetzung ist ein geändertes Berufsbildungsgesetz, das eine Ausbildung für alle Menschen sichert, die nach der Schule berufstätig werden. Außerdem müssen das Hochschulrahmengesetz geändert und Regelungen zur Forschungsförderung erarbeitet werden, um den Hochschul- und Forschungsbereich demokratisch zu gestalten und eine gesellschaftliche Einbindung zu fördern.

Statt in kurzfristige Sondermaßnahmen müssen Bundesmittel in breitgefächerte Angebote der freien und verbandlichen Jugendarbeit fließen, die unter Einbeziehung von Jugendlichen konzeptionell erarbeitet werden.

Flüchtlinge aufnehmen Einwanderung organisieren...

Ein Land reformieren



Wir wollen dem Menschenrecht auf Asyl wieder Geltung verschaffen und Deutschland als Einwanderungsland anerkennen.

... durch ein humanes Flüchtlingsrecht

Wir dringen auf eine europäische Menschenrechtspolitik, die eine humane und umfassende Europäische Flüchtlingskonvention mit Rechtswegeggarantie verankert und in jedem Staat der Union gleichermaßen Geltung hat.

Solange die verfassungsändernden Mehrheiten für eine Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl nicht vorhanden sind, fordern wir ein Flüchtlingsgesetz, das die Anerkennungsmöglichkeit als Flüchtling verbessert. Die Asylbegleitgesetze müssen zurückgenommen werden. Statt Abschiebeknäste, statt der zwangsweisen Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern, der pauschalen Kürzung der Sozialhilfe und Naturalverpflegung wollen wir eine dezentrale und humane Unterbringung von Flüchtlingen. Für diejenigen Flüchtlinge, die seit Jahren auf eine Entscheidung im Asylverfahren warten, muß durch eine Altfallregelung ein dauerhaftes Bleiberecht geschaffen werden. Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge ist ein eigener Status außerhalb des Asylverfahrens

zu schaffen, der ihre unbürokratische Aufnahme ermöglicht und eine Abschiebung in Bürgerkriegsregionen und in Staaten, die die Menschenrechte verletzen, verhindert.

... durch ein liberales Einwanderungsrecht

Wir wollen ein humanes Einwanderungsrecht. Es soll denen, die einwandern wollen, aber keine Flüchtlinge sind, dazu eine legale Möglichkeit eröffnen. Sie ist vorrangig an humanitären und sozialen Gesichtspunkten auszurichten. Wegen der verschiedenen Lebenslagen von Einwanderungswilligen darf eine solche Regelung nicht allein auf der Basis von starren Quoten erfolgen. Für Menschen, die zu ihren Familienangehörigen ziehen möchten oder sich zum Zwecke der Arbeitsaufnahme vorübergehend hier aufhalten, sind erleichternde Regelungen nötig.

... durch ein neues Staatsbürgerrecht

Wir fordern die schnelle und konsequente Gleichstellung der in der Bundesrepublik lebenden Minderheiten durch die Gewährung der vollen BürgerInnenrechte für alle Menschen, die mehr als fünf Jahre hier leben. Hierzu gehört das allgemeine und gleiche Wahlrecht ebenso wie ein neues Staatsbür-



gerschaftsrecht. Alle in der Bundesrepublik geborenen Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft und auf die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten. Das Ausländergesetz ist durch ein Niederlassungsrecht zu ersetzen, das nach fünf Jahren Aufenthalt die vollen BürgerInnenrechte gewährt. Minderheiten-

rechte müssen umfassend anerkannt und gesichert werden. Menschen nichtdeutscher Herkunft müssen vor Benachteiligungen und rassistischen Übergriffen geschützt werden. Unabdingbar dafür ist, alle Formen der legalen juristischen Diskriminierung, wie die Erfassung im Ausländerzentralregister, zu überwinden.

Außenpolitik zivilisieren...

Ein Land
reformieren



Projekt

9

Wir wollen eine Außen- und Friedenspolitik, die geprägt ist durch die Absage an jeden Nationalismus, durch machtpolitische Selbstbeschränkung und internationale Einbindung, durch Initiativen zur Entwicklung ziviler Formen des internationalen Interessenausgleichs und der Streitbeilegung sowie einen aktiven Einsatz für die Menschenrechte. Wir sind für ein ABC-waffenfreies Europa ohne Armeen. Wir wollen mit der Entmilitarisierung der internationalen Politik bei uns anfangen.

... durch eine neue Sicherheitspolitik in Europa

Europa braucht eine neue Friedensordnung. Die »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) muß als Regionalorganisation der UNO gestärkt und zur Trägerin einer neuen Sicherheitspolitik in Europa werden. Wir wollen, daß sie zu einem System kollektiver nicht-militärischer Sicherheit ausgebaut wird, in das gleichzeitig die bestehenden Armeen (auch die Bundeswehr) und Militärbündnisse aufgelöst werden. Das bedeutet auch den Verzicht auf eine NATO-Ausdehnung nach Osten und den Einsatz für eine Entmilitarisierung der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-

politik« der Europäischen Union. Die KSZE bedarf einer Autorität zur friedlichen Streitbeilegung und zivilen Krisenintervention, eines Fonds zur Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen und der Einrichtung eigener Massenmedien.

Die Bundesrepublik, integriert in der westlichen Welt und zum freundschaftlichen Brückenschlag nach Osten besonders verpflichtet, muß eine entsprechende diplomatische Initiative zur Stärkung der KSZE ergreifen.

... durch eine internationale Friedensordnung und UNO-Reform

Die UNO muß demokratisiert und politisch sowie finanziell gestärkt werden. Deutschland wird keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat verlangen. An friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO und Überwachungsorganen für Wirtschaftssanktionen können sich zivile deutsche Kräfte beteiligen. Humanitäre Hilfsmaßnahmen können von ausgegliederten technischen Diensten der Bundeswehr mitgeleistet werden, wenn sie ohne militärischen Auftrag und unter ziviler Leitung erfolgen.

Wir wollen die Ersetzung der Militärattachés an allen Auslandsvertretungen Deutschlands



durch Menschenrechtsreferenten. Friedens- und Konfliktforschung, die politische Arbeit für Völkerverständigung und die Durchsetzung der Menschenrechte wollen wir auch staatlich besonders fördern.

... durch radikale Abrüstung und Bekämpfung der Rüstungsexporte

Wir lehnen eine Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Offensivstrategien der NATO und WEU, an nuklearen Einsatzplanungen und an Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes ab. Wir wollen insbesondere die Beendigung der Umstrukturierung von großen Teilen der Bundeswehr (»Krisenreaktionskräfte«) zu einer weltweit einsetzbaren »Schnellen Eingreiftruppe«.

Mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der alternativen Einrichtung von freiwilligen zivilen Friedensdiensten soll die Auflösung der Bundeswehr begonnen wer-

den. Die dann noch verbleibende Bundeswehr aus Berufs- und Zeitsoldaten soll binnen vier Jahren auf die Hälfte reduziert werden. Gleichzeitig wollen wir eine drastische Verkürzung der möglichen Verpflichtungszeit für Zeitsoldaten und eine Stärkung der demokratischen Rechte der Soldaten. Alle Rüstungsbeschaffungsvorhaben werden ausgesetzt.

Als ersten Schritt zur Beendigung von Rüstungsexporten wollen wir das Verbot von Rüstungsexporten in Länder außerhalb der Europäischen Union, kontrolliert durch eine Endverbleibsgarantie. Mit der offenen und verdeckten Subventionierung von Rüstungsexporten wird Schluß gemacht. Es wird ein Konversionsprogramm zur Umwandlung von Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter und für die Flächenkonversion entwickelt.



Die Weltwirtschaft ökologisch-solidarisch umgestalten...

Unser langfristiges Ziel ist eine Weltwirtschaftspolitik, die die Lebenschancen aller Völker unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit des Globus auf möglichst hohem Niveau angleicht.

... durch Schuldenerlasse und Neuordnung der Finanzpolitik

Wir fordern eine Initiative für eine Weltentschuldungskonferenz mit dem Ziel der Schuldenstreichung für die armen und ärmsten Länder. Der Internationale Währungsfond muß aufhören, die armen Länder zwangsweise auf den Weltmarkt auszurichten. Die Weltbank muß in transparente, demokratisch kontrollierte, nichtkommerzielle Entwicklungsfonds umorganisiert werden. Als einseitige Vorleistung wollen wir die Streichung der öffentlichen Schulden für arme und ärmste Länder, die sie insbesondere aus Hermes-Bürgschaften bei der Bundesrepublik haben.

... durch neue Initiativen in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik

Die weltweiten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme bündeln sich zu einer strukturell neuen Herausforderung der internationalen Gemeinschaft. Die alten In-

strumente der bisherigen Entwicklungspolitik, die die Verantwortlichkeit des »Nordens« für die Misere ignorieren, haben sich als unzureichend erwiesen. Die Industrieländer des Nordens sind besonders gefordert, neue Initiativen zu ergreifen. Ansätze einer Neuorientierung der Umwelt- und Entwicklungspolitik der USA bieten Möglichkeiten für eine neue europäisch-US-amerikanische Gemeinsamkeit als Motor bei der Einleitung einer solchen internationalen Reformpolitik. So fordern wir eine Initiative zur Schaffung eines Weltwirtschafts- und Ökologierates. Die nächste GATT-Runde muß sich mit der Ökologisierung des Welthandels befassen. Wir wollen Reform und Ausbau des »Globalen Umweltfonds«, der unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen den Vereinten Nationen zu unterstellen ist. Die Vorschläge des UNDP für die Verabschiedung einer Weltsozialcharta auf dem Weltsozialgipfel 1995 sind zu unterstützen.

... durch eine integrierte Entwicklungspolitik

Wir wollen die Abkehr von den sozial und ökologisch schädlichen Projekten zur industriellen Wachstumsförderung. Handelsverbote und Vermarktungsbeschränkungen, die



für Deutschland gelten, müssen gesetzlich auf den Export ausgedehnt werden. Der Mißbrauch der Entwicklungspolitik als Exportförderung z.B. durch Lieferbindungen muß beendet werden. Stattdessen wollen wir vor allem effiziente Sektorprogramme für Armutsbekämpfung, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Förderung von Demokratie, Partizipation und Grundbildung und für die Verbesserung der Lage der Frauen. Schrittweise soll ein Anteil von 1% des Bruttosozialproduktes dafür zur Verfügung gestellt werden.

Die Bereiche Umwelt und Entwicklung müssen neu geordnet werden. Ein Bundesmini-

sterium für globale Zusammenarbeit und Entwicklung soll die klassische Entwicklungshilfe mit globalen Umwelt- und außenwirtschaftlichen Fragen verbinden. Diese Neubestimmung soll durch ein neues Entwicklungsgesetz, das die Entwicklung im »Süden« mit Strukturveränderungen im »Norden« verknüpft, festgeschrieben werden.

Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen, der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, der Länder und Gemeinden bei der Entwicklungszusammenarbeit soll gestärkt werden.

Finanzpolitisch berechenbar und solide wirtschaften...

Ein Land
reformieren



Die schwarzen Tage
sind gezählt

Die Bundesregierung trägt die Hauptverantwortung für einen öffentlichen Schuldenberg, der bald 2 Billionen DM betragen wird. 1995 wird beim Bund annähernd jede vierte Steuermark nur für Zinsen ausgegeben. In der aktuellen Finanzplanung klaffen zusätzlich Löcher in Höhe eines dreistelligen Mrd.-Betrages. Dazu kommt die »ökologische Verschuldung« – das sind auf bis zu 600 Mrd. DM jährlich geschätzte Umweltschäden, die irgendwann in der Zukunft bewältigt werden müssen. Ohne staatliche Mehreinnahmen und zum Teil drastische Einsparungen wird jeglicher Gestaltungsspielraum verschwinden.

... durch Begrenzung der Staatsverschuldung

Auch eine Reformregierung muß als erstes einen Kassensturz machen. Dieser wird ergeben, daß die von der jetzigen Regierung fahrlässig herbeigeführte Neuverschuldung in den kommenden Jahren über den Zahlen der Finanzplanung liegen wird, da diese völlig unseriös gerechnet ist. Wir wollen aber die Verschuldung bremsen. Ihr jährlicher Anstieg soll niedriger sein als die Inflationsrate. Die Maastrichter Stabilitätskriterien für die Verschuldung müssen bis 1998 eingehalten werden. Langfristig wollen wir den Anteil der

Zinszahlungen an den Steuereinnahmen wieder senken. Das Ausgabewachstum des Bundes darf jährlich 3% nicht überschreiten.

... durch ökologische Steuerreform

Eine Primärenergiesteuer, eine erhöhte Mineralölsteuer, eine Schwerverkehrsabgabe für LKW sowie Abgaben auf Einwegverpackungen, Plastikmüll und Sonderabfälle stehen als Lenkungsinstrumente im Zentrum unserer Politik, die Öko-Schäden künftig vermeiden will. Es soll sich für Firmen und VerbraucherInnen auszahlen, wenn sie sich umweltverträglicher verhalten. Dazu sollen Erhebung und Verwendung der Ökosteuern zusammenwirken. Diese dürfen nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern mißbraucht werden. Verbesserte Abschreibungsbedingungen und gezielte Förderprogramme sollen die Erforschung und Produktion umweltverträglicher Güter und Techniken anstoßen. Damit werden zugleich neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen. Wir wollen soziale Härten abfedern, aber auch wirkliche Verhaltensänderung möglich machen.

... durch sozial gerechten Lastenausgleich

Wir wollen durch aufkommensneutrale Umgestaltung der Lohn- und Einkommenssteuer



sicherstellen, daß ab 1996 das Existenzminimum steuerfrei ist. Dadurch werden unsere Einkommen deutlich entlastet. Wir wollen Ehegattensplitting und Kinderfreibetrag durch ein deutlich erhöhtes Kindergeld ersetzen. Wir wollen den Einstieg in eine steuerfinanzierte Grundsicherung statt der Sozialhilfe. Die dafür nötigen Mehraufwendungen werden durch angemessene Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften gedeckt. Wir wollen zur Finanzierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik diejenigen heranziehen, die als Beamte, Selbständige, Abgeordnete und MinisterInnen nicht zur Arbeitslosenversicherung beitragen. Zudem ist es nötig, versicherungsfremde Leistungen schrittweise durch Steuern zu finanzieren und damit den Anstieg der Sozialbeiträge und der Lohnnebenkosten zu bremsen.

... durch Reform der staatlichen Verwaltung

Wir wollen eine effiziente und bürgerInnenfreundliche öffentliche Verwaltung. Dazu müssen Subventionen und Hierarchien ab-

gebaut, Kostendenken gestärkt, dezentrale Verantwortung gefördert, Verwaltungsfähigkeit verbessert werden. Die Steuerverwaltung etwa könnte durch Steuervereinfachung und entschiedene Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung ohne zusätzliche Kosten viel wirksamer arbeiten. Der Abbau von veralteten Bürokratien und die Förderung von gesellschaftlicher Eigeninitiative und Selbstverwaltung erlaubt es, das Anwachsen der Personalkostenquote zu verhindern. Eine Reform des öffentlichen Dienstes soll die Verwendung von Beamten auf wenige Kernbereiche beschränken und mehr Flexibilität bei Arbeitszeit, Bezahlung und Beförderung ermöglichen.

Impressum